

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

2. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.03.2022
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:27 Uhr
Ort, Raum:	Videokonferenz

Anwesend sind:

Frau Katja Zimmermann	Grüne
Frau Anab Awale	SPD
Herr Daniel Schwarz	SPD
Frau Hannah Gerlof	DIE LINKE
Herr Samiullah Haidary	DIE LINKE
Frau Mandy Losse	CDU
Frau Seyda Türk	FDP
Herr Carsten Riedel	AfD
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD
Frau Sabine Franz-Winkler	JHA BD
Herr Sascha Mase	JHA BD
Herr Christoph Keller	Bezirksamt (Bezirksstadtrat)
Frau Monika Goral	Bezirksamt (Jugendamtsleiterin)

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Die Vorsitzende schlägt vor, zwei weitere Themen aufzunehmen.

Kürzlich haben sie die Bitten erreicht, ein Mitglied für die Spielplatzkommission sowie ein Mitglied für die „strategische Steuerungsrunde Schule, Jugendhilfe, Bildung und Kultur“ zu benennen.

Mit Zustimmung des Ausschusses gehen diese Themen als TOP 8.3 und TOP 8.4 in die Tagesordnung ein.

Die Tagesordnung wird ansonsten wie vorliegend angenommen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls zur Sitzung am 06.01.2022 (versandt am 17.01.2022)

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

zu 3 Mitteilungen
zu 3.1 der JHA-Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Herr BzStR Keller berichtet:

- Aufgrund der schrecklichen Entwicklungen in der Ukraine flüchten derzeit viele Menschen unter anderem nach Berlin, darunter auch viele Jugendliche. Dem Jugendbereich werden damit zusätzliche Herausforderungen gestellt. Gestern habe die erste Koordinierungsstabssitzung zum Thema "Aufnahme von Geflüchteten und Koordinierung verschiedener Angebote" stattgefunden. Die eingeübte Praxis der Jahre 2015 werde wiederaufgenommen. Der Koordinierungsstab werde regelmäßig, voraussichtlich einmal pro Woche tagen, auch in enger Kooperation mit dem Schulamt. Aktuelle Zahlen seien nicht bekannt.
Das Gesundheitsamt Mitte sei am Hauptbahnhof präsent. Der Bezirk Mitte übernehme die Koordinierung an die verschiedenen Gesundheitsangebote der Bezirke. Aufgrund der niedrigen Impfquoten der Ukrainerinnen und Ukrainer werde es zeitnah Impfangebote geben.
- An die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden Corona-Sonderzahlungen ausgezahlt. Mit einem Beschluss des Abgeordnetenhauses sollen diese auch den freien Trägern zur Verfügung gestellt werden, wobei diese selbst entscheiden, ob sie die Prämie auszahlen.
Die mit den freien Trägern abgeschlossenen Leistungsverträge beinhalten für das Jahr 2022 eine Erhöhung der Personalmittel um 1%, um beispielsweise Tarifierhöhungen an die Beschäftigten weitergeben zu können. Eine Tarifierhöhung werde es jedoch erst ab Dezember 2022 geben, so dass die bereitgestellten Mittel zur Auszahlung einer Corona-Prämie verwendet werden könnten. Sollten die Träger einen Nachfinanzierungsbedarf haben, können solche mithilfe der Personalkostenberechnungen beim Jugendamt angemeldet werden.
- Das Familien-Service-Büro werde weiterhin die Familienzentren aufsuchen. Weitere Informationen können nachgereicht werden.

Frau Depil (Bürgerdeputierte) bedankt sich für die Möglichkeit, dass die Corona-Prämie im Rahmen der Leistungsverträge beantragt und bei Bedarf gewährt werden kann.

zu 4 Haushalt

Frau Goral (BA Mitte, Jug AL) berichtet über den aktuellen Stand der Planungen im Bereich des Jugendamts.

Die Senatsverwaltung habe den Haushaltsplanentwurf beschlossen und an das Abgeordnetenhaus übermittelt. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses

werde über die Haushaltsplanentwürfe der Bezirke befinden und entscheiden. Grundsätzlich sei das Jugendamt mit den eingestellten Mitteln zufrieden, auch wenn die Personalmittel keine weiteren Spielräume schaffen. Es stehe aber vor dem Problem, zu den vorgegebenen Einsparungen beitragen zu müssen. Die Vorgabe an die Bezirke, 70 Millionen EURO einzusparen, soll durch Pauschale Minderausgaben in den Haushaltsplanentwurf eingebracht werden. Solange das Abgeordnetenhaus diese nicht mindert oder gar gänzlich herausnimmt, müssen die Bezirke und damit die Ämter in den Bezirken mit dieser Vorgabe umgehen. Der Anteil des Jugendamts Mitte betrage für das Jahr 2022 738.000 EURO. Das Jugendamt in Mitte spreche sich dafür aus, diese Vorgabe nicht titelkonkret zu untersetzen, was bisher auch nicht eingefordert worden sei. Vielmehr möchte Frau Goral errechnen, in welcher Höhe Mittel aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung bereits eingespart worden sind. Die vorläufige Haushaltsführung werde erst mit dem Beschluss über den Haushaltsplan beendet, somit voraussichtlich Ende Juni 2022. Bis dahin werde das Jugendamt keine neuen Angebote beginnen können, was die Ausgaben für Sach- und Honorarmittel mindere. Einsparungen seien lediglich bei Leistungen im Transferbereich sowie bei den Personalkosten aufgrund nicht besetzter Stellen möglich. Eine Einschätzung zur Einsparungshöhe sei im Moment nicht möglich, soll aber bis zur Beratung im Hauptausschuss vorliegen.

Die AG § 78 übersandte den Ausschussmitgliedern vorab eine Stellungnahme als Antrag, die von Herrn Wichert, Frau Fischer und Frau Kroggel verlesen wird und dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Die Ausschussmitglieder unterstützen den Inhalt. Das Bezirksamt ergänzt, dass die Finanzierung von Hilfsangeboten an geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine während der vorläufigen Haushaltswirtschaft möglich sei und zum Ende des Jahres basiskorrigiert würde. Es sei jedoch noch nicht bekannt, ob bundes- oder landesseitig Hilfspakete geschnürt werden, die außerhalb des Bezirkshaushalts zur Verfügung stünden.

Herr Wichert erläutert, dass der Antrag der AG § 78 die Finanzierungsmöglichkeiten sämtlicher Angebote beinhalte. Es gebe eine Überlagerung vieler Krisen, die seit mehr als zwei Jahren bestehen. Dafür werde ein Rettungsschirm benötigt, der nicht von den Bezirken allein getragen werden könne, aber im Handlungsrahmen des Bezirks stabil sein müsse.

Herr BV Schwarz (Fraktion der SPD) und die Vorsitzende leiten zur Stellungnahme der Zählgemeinschaft (Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD) über und erläutert die Bedeutung, einen Antrag des Jugendhilfeausschusses mit einem Antrag der Fraktionen, der von der BVV abgestimmt wird, zu verstärken. Der Text ist den Ausschussmitgliedern vorab übersandt worden und wird während der Sitzung präsentiert und verlesen.

Frau Depil (Bürgerdeputierte) und Herr BV Schwarz (Fraktion der SPD) schlagen vor, die Stellungnahme der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen als Antrag zu verfassen und den Antrag der AG § 78 zur ausführlichen ergänzenden Stellungnahme zu nehmen. Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Vorschlag an.

Der Jugendhilfeausschuss unterstützt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig die Stellungnahme der AG § 78 (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 5 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Die Stellungnahme wird dem Hauptausschuss als auch den Fraktionen zur Kenntnis übersandt.

Die Fraktion der SPD und Herr BzStR Keller schlagen vor, die Stellungnahme nicht in der BVV abstimmen zu lassen, sondern über die Fraktionen an die Landesebene zu tragen, da der Senat den Haushalt bereits beschlossen habe und dieser nun dem Abgeordnetenhaus vorliege. Es sei daher ratsam, die Abgeordneten und Fraktionen des Landes anzusprechen.

Die Vorsitzende und Frau Goral schlagen vor, die abgestimmte Stellungnahme an die Jugendhilfeausschüsse der anderen Bezirke sowie den Landesjugendhilfeausschuss weiterzuleiten. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Umsetzungsverantwortung (Geschäftsstelle des Jugendamts oder BVV-Büro) werde im Nachgang zur Sitzung besprochen.

Herr BzStR Keller und Herr BV Schwarz weisen darauf hin, dass der Antrag des Jugendhilfeausschusses in der Tagesordnung der BVV nach der Vorlage zur Beschlussfassung 3374/V („Haushaltsplanentwurf“) behandelt würde, somit nach der Abstimmung über den Haushaltsplanentwurf.

Das BVV-Büro habe das Verfahren geprüft, Vorlagen der Fachausschüsse zum Haushaltsplanentwurf als Änderungsanträge zur betreffenden Drucksache einzubringen. Die Regelungen des Bezirksverwaltungsgesetzes und die Geschäftsordnung der BVV Mitte schließen diese Möglichkeit nicht aus. Das Rechtsamt Mitte werde zur Auslegung der Rechtslage eingebunden.

Der Antrag des Jugendhilfeausschusses geht als Änderungsantrag zur Vorlage zur Beschlussfassung 3374/V ein.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig den Antragstext (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 5 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 5

Nachlese Themenabend 15.02.2022

(Link zum Themenabend: <https://padlet.com/marcuslehm/5uelo8lni9qcab7d>)

Frau Goral berichtet, dass viele Themenräume mit vielen Fachkräften besetzt worden seien, die Vorträge mithilfe von Präsentationen gehalten und Diskussionen und Austausch geführt haben. Die Vielfältigkeit der Aufgaben im Jugendamt sollte dargestellt werden. Sie sei enttäuscht, dass nur sehr wenige Bezirksverordnete des Ausschusses teilgenommen haben.

Zukünftig werde Sie vorab die terminliche Verfügbarkeit der Bezirksverordneten abfragen.

Frau BV Zimmermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) habe teilgenommen und lobt die Durchführung und Umsetzung. Sie habe lediglich bedauert, dass für Diskussionen nicht viel Zeit zur Verfügung gestanden habe. Sie würde die Fortsetzung einer solchen Veranstaltung begrüßen. Sie schlägt vor, den Adressat:innenkreis zu erweitern.

Frau BV Awale (Fraktion der SPD) schließt sich dem Lob an.

Frau Derwenskusch-Böhm (Bürgerdeputierte) und Frau Graß (Sprecherin AG §78) informieren, dass der Abend informativ gewesen sei und sie Neues haben mitnehmen können, auch wenn sie bereits mehrere Jahre in der Jugendhilfe tätig seien.

zu 6 Themenfestlegung 2022

Der Vorschlag des Jugendamts ist den Mitgliedern vorab übersandt worden.

Die Vorsitzende bittet die Teilnehmenden, weitere Themen vorzuschlagen, gegebenenfalls auch die Möglichkeit der Padlets zu nutzen.

Vorschläge für den Themenspeicher:

- Kinderschutz
- Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund
- Das Thema „Schule“ stärker betonen sowie die Zusammenarbeit Schulsozialarbeit und Jugendhilfe
- Kita-Eigenbetriebe (z.B. am 1. September)

Weiter wird vorgeschlagen, Einrichtungen zu besuchen.

Die Geschäftsstelle des Jugendamts werde die Themen-Vorlage überarbeiten und als aktualisierten Vorschlag an den Jugendhilfeausschuss übersenden.

zu 7 Beschluss IBV Angebotsform 2

BE: Herr Beckmann (Jugendamt)

Die Unterlagen sind den Ausschussmitgliedern vorab übersandt worden und werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Beckmann informiert, dass im Prognoseraum Wedding bereits ein Angebot der mobilen Jugendarbeit installiert sei. Für die anderen drei Prognoserräume sollen Träger gesucht und gefunden werden, um den Richtlinien folgend auch dort jeweils ein Angebot einrichten zu können.

Der Jugendhilfeausschuss werde voraussichtlich in seiner Sitzung im Mai 2022 über die Trägersauswahl entscheiden können.

Frau BV Awale (Fraktion der SPD) regt an, den Trägern vorzugeben, „diskriminierungssensibel“ oder „diskriminierungsarm“ zu arbeiten.

Herr Beckmann nehme den Vorschlag auf.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vorlage mit Änderungen einstimmig zu (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 5 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 8 Benennung offener Positionen

zu 8.1 Verwaltungsrat Eigenbetrieb Kindergärten City

Die Unterlagen sind den Mitgliedern vorab übersandt worden.

Herr BzStR Keller informiert ergänzend, dass der Kita-Eigenbetrieb der größte Träger im Bezirk sei, mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg geteilt werde viermal im Jahr tage. Die Sitzungen sollen mit Ausnahme des ersten Treffens an einem Dienstag von 16 – 18 Uhr stattfinden.

Für die Position des stimmberechtigten Mitglieds stellt sich Frau BV Zimmermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Herr BV Schwarz (Fraktion der SPD) als ihr Vertreter zur Wahl.

Für die Position des beratenden Mitglieds kandidiert Frau BV Türk (Fraktion der FDP).

Der Jugendhilfeausschuss wählt die drei Benennungen einstimmig (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 5 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 8.2 Regionaler Koordinierungsausschuss mit Steckbrief für eine Bewerbung

Die Unterlagen nebst vorliegender Bewerbung von Herrn Frank Schülke sind den Ausschussmitgliedern vorab übersandt worden.

Das Gremium tagt zweimal im Jahr und sei der Trägerversammlung des Jobcenters angegliedert.

Der Jugendhilfeausschuss wählt Herrn Frank Schülke mit 13 Ja-Stimmen einstimmig (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 5 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 8.3 Benennung eines Mitglieds für die Spielplatzkommission

Die konstituierende Sitzung der Spielplatzkommission finde am 04.04.2022 statt. Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses noch davor am 31.03.2022.

Da die heutige Sitzungszeit bereits überschritten wird, wird der TOP vertagt.

zu 8.4 Benennung eines Mitglieds für die "strategische Steuerungsrunde Schule, Jugendhilfe, Bildung und Kultur"

Frau Samuray erklärt, dass es sich um einen Zusammenschluss der genannten Bereiche handelt, die für die bildungspolitischen Ziele des Bezirks relevant sind. Sie stimmen Strategien, Ressourcen und andere Steuerungspotenziale miteinander ab und tagen viermal im Jahr an einem Donnerstag von 9 – 11 Uhr. An diesem Gremium sollen jeweils ein Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss und dem Bildungsausschuss stimmberechtigt teilnehmen.

Zur Wahl stellen sich Frau Depil als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied, Frau BV Hajo (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) als ihre Stellvertreterin.

Der Jugendhilfeausschuss wählt die Genannten mit 10 Ja-Stimmen einstimmig (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 3 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 8.5 Benennung der beratenden Mitglieder für die drei sonstigen Positionen im JHA

Herr Lehmann (BA Mitte, Jugendamt) erklärt erinnernd, dass für die Wahl der beratenden Mitglieder im Jugendhilfeausschuss die Positionen fixiert werden müssen. Nach der Vorgabe der Senatsverwaltung können im Bezirk Mitte die bisher

benannten Positionen nicht fortgeführt werden, da „die selbstorganisierten Zusammenschlüsse“ eine der drei Positionen sein soll.

Den Ausschussmitgliedern wird der Vorschlag des Jugendamts vorgestellt. „In der Lebenswelt junger Menschen erfahrene Person“ werde ausgetauscht mit den „selbstorganisierten Zusammenschlüssen“, unter denen auch junge Menschen dabei sein und den Ausschuss bereichern könnten.

Frau BV Zimmermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, beides zu kombinieren. Herr Lehmann nimmt es auf.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem gesamten Vorschlag einstimmig zu (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 1 Ja-Stimme der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 5 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 9 Berichterstattung aus den AG'en 78

AG Mädchen* und junge FLINTAA*, Frau Gentikow:

Frau Gentikow informiert, dass sich die AG Mädchen* und junge Frauen* aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen umbenannt habe in AG Mädchen* und junge FLINTAA* (Frauen, Lesben, Intersexuelle Menschen, Nichtbinäre Menschen, Transgender, Asexuell und Agender-Personen). Im letzten Jahr sei dazu ein Leitbild erarbeitet worden, das in der kommenden Woche voraussichtlich verabschiedet und anschließend veröffentlicht werde.

AG Tagesbetreuung, Frau Graß

Frau Graß richtet aus der gestrigen Quartiersratssitzung im QM-Gebiet Pankstraße den Wunsch aus, über Programme und Hilfsangebote für aus der Ukraine geflüchtete junge Menschen informiert zu werden.

Herr BzStR Keller nimmt die Bitte bestätigend entgegen.

Herr Wichert ergänzt, dass es den Trägern der Jugendhilfe helfe, zu erfahren, in welchen Unterkünften sich die geflüchteten Jugendlichen befinden.

Frau Samuray (BA Mitte) weist darauf hin, dass auch das Jugendamt aktuell nicht informiert sei. Sobald doch, werde sie die Träger informieren.

AG Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit, Frau Mägdefrau:

Frau Mägdefrau berichtet aus der Sitzung der AG, dass neben dem Haushalt mit der Stellungnahme die Folgen der Pandemie für die Jugendlichen auf der Tagesordnung gestanden habe. Mit der nächsten Sitzung werde die Situation der geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine aufgenommen. Die nächste Sitzung finde am 17.03.2022 um 10 Uhr statt.

zu 10 Sachstand Naturkita BE: BzStR Herr Keller

Herr BzStR Keller berichtet, dass derzeit Gespräche geführt werden, sowohl intern, aber auch im Lauf des März 2022 mit der pädagogischen Geschäftsleitung des Kita-Eigenbetriebs sowie der Leiterin des Trägers.

Die aktuelle Betriebserlaubnis laufe bis 30.06.2022. Elf Kinder werden derzeit betreut.

Er bittet, die Drucksache unter TOP 13 zu vertagen.

**zu 11 Vorlagen zur Kenntnisnahme
Verwendung von Stiftungsmitteln (Anlage)**

Die Vorlage zur Kenntnisnahme ist den Ausschussmitgliedern vorab per E-Mail übersandt worden und wird zur Kenntnis genommen.

zu 12 Aktuelle Viertelstunde

Es liegen keine Nachfragen vor.

zu 13 Beratung von Drucksachen

**zu 13.1 Eine Kita ist von öffentlichem Belang!
Drucksache: 3336/V**

Der TOP wird vertagt.
(s. TOP 10)

zu 14 Verschiedenes

Frau Depil bittet um eine Mitgliederliste mit den Kontaktdaten, damit sich die Mitglieder untereinander verständigen können.

Die Ausschussmitglieder widersprechen der Versendung der Liste mit den Kontaktdaten nicht.

Mit der „Erklärung der persönlichen Daten“ haben die Bezirksverordneten das Einverständnis zur Veröffentlichung ihrer jeweiligen E-Mailadressen bereits abgegeben.

Frau Depil bittet zudem, den unter TOP 4 beschlossenen Änderungsantrag unabhängig von der Genehmigung des Protokolls möglichst zeitnah an die Mitglieder zu übersenden, damit andere Jugendhilfe-Gremien informiert werden können.

gez.
Katja Zimmermann
Vorsitzende

Ersek
Protokollantin